

**Per E-Mail**

Sekretariat der Staatspolitischen Kommission  
E-Mail: spk.cip@parl.admin.ch

Kaufmännischer Verband Schweiz  
Hans-Huber-Strasse 4  
Postfach 1853  
CH-8027 Zürich

Telefon +41 44 283 45 45  
info@kfmv.ch  
kfmv.ch

Zürich, 27. April 2018

**15.438 Parlamentarische Initiative Berberat. Eine Regelung für transparentes Lobbying**

Sehr geehrte Frau Kommissionspräsidentin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne nimmt der Kaufmännische Verband die Gelegenheit wahr, sich im Rahmen der oben genannten Vernehmlassung zu äussern.

*Allgemeine Bemerkungen*

Die organisierte Interessensvertretung ist Teil des Schweizer Milizsystems. Gemäss neueren Studien ist die Interessenvertretung in der Schweiz weniger korporatistisch ausgeprägt als noch vor zwanzig Jahren, das heisst, dass mehr Gruppen verschiedene Interessen vertreten. Gleichzeitig ist die Zahl der Verbindungen von Interessensgruppen zu Mitgliedern des Parlaments stark gestiegen. Letzteres hat allerdings auch mit der Offenlegungspflicht seit 2004 zu tun. Stark pluralistisch organisierte Länder, wie die USA, haben i.d.R. auch stärkere Regulierung der Interessensvertretung, wie zum Beispiel ein öffentliches Register mit detaillierten Angaben zu Auftraggeber und Mitarbeitenden und Zugang zum Parlament nur nach erfolgter Registrierung.

Die ursprünglichen Vorstösse 15.438 und 15.433, die der vorgeschlagenen Gesetzesänderung zugrunde liegen, verlangen mehr Transparenz bei Lobbyisten, die Zugang zum Parlamentsgebäude erhalten. Der Vorschlag der Kommission zur Schaffung eines öffentlichen Registers entspricht diesem Anliegen, zumindest für Interessensvertreter mit Dauerausweisen. Die Initiative Berberat spricht sich explizit gegen das bestehende System des Zugangs über Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus, die Initiative Caroni lässt diesen Punkt offen. Eine zahlenmässige Begrenzung wird nicht zwingend verlangt. Der Vorschlag der SPK-S hält am bestehenden „Götti-System“ fest, möchte aber die mögliche Zahl der Dauerausweise für Interessensvertretende halbieren und diese verpflichten, ihre Auftraggeber im bestehenden Verzeichnis zu ergänzen. Eine Minderheit möchte weitere Kategorien der dauerhaften Zugangsberechtigung schaffen. Der Kaufmännische Verband spricht sich im Grundsatz für mehr Transparenz, gleichen Zugang für alle Interessensgruppen und die Abschaffung des „Götti-Systems“ aus.

*Vorschlag Mehrheit*

Der Kaufmännische Verband erachtet den Vorschlag der Mehrheit der Kommission nicht als zielführend, da der Zugang zu Parlamentsmitgliedern zu stark limitiert wird. Der Kaufmännische Verband plädiert für

gleichen Zugang für alle Interessensvertretenden unter der Bedingung, dass diese vorgängig in einer öffentlich zugänglichen Liste mit Angabe aller Auftraggeber eingetragen sind. Interessensvertretende welche registriert sind, erhalten einen Tagespass. Auch diese Angaben müssen in einer Form veröffentlicht werden (Organisation, nicht Name Interessensvertreter). Zusätzlich ist nach Ansicht des Kaufmännischen Verbands von der Ausstellung weiterer Dauerausweis abzusehen. Nur gewählte Parlamentsmitglieder, sowie allenfalls eine persönliche Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter, erhalten dauerhaften Zugang zum Parlament. Ehemalige Mitglieder des Parlaments und Familienmitglieder können Zugang über einen Tagespass erhalten. Auch bei dieser Besucherkategorie sind Interessensvertretungen anzugeben. Die Art des Besuchs entscheidet über den Zugangsbereich. Familienmitglieder, ehemalige Parlamentsmitglieder und registrierte Interessensvertretende erhalten Zugang zu nicht-öffentlichen Teilen des Parlamentsgebäudes, ordentliche Besucher nur zu den öffentlichen Teilen (Tribüne). Die Verwaltungsdelegation soll zuständig ist zuständig für die Registrierung und Zutrittsberechtigung aller Interessensvertretenden. Das gilt sowohl für die Mitarbeitenden der Parlamentsmitglieder, der Bundesverwaltung, der Medien und der Interessensvertretenden der Kantone.

### *Vorschlag Minderheit*

Den Vorschlag der Minderheit unterstützt der Kaufmännische Verband nicht, da dieser diskriminierend gegenüber kleineren Interessensgruppen wäre. Grosse Interessensgruppen, bzw. Dachverbände, haben jetzt schon erleichterten Zugang zu Politik und Verwaltung.

### *Schlussbemerkungen*

Die Kommission verfolgt mit ihrem Vorschlag das Ziel, eine kostengünstige, vollzugstaugliche und einfache Regelung für transparentes Lobbying im Bundeshaus zu schaffen. Mit ihrem Vorschlag macht sie aber nur einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Eine Erhöhung der Transparenz würde zwar teilweise erreicht. Durch das Beibehalten des alten „Götti-Systems“ und verschiedener, teilweise sogar mehr, Kategorien permanenter Dauerausweise, wird dem Prinzip der Gleichheit des Zugangs nicht gerecht. Zudem wird das Problem der finanziellen Transparenz in der Beziehung von Parlament und Interessensgruppen im Bericht der Kommission nicht einmal angesprochen. Der Kaufmännische Verband wünscht sich auch diesbezüglich eine verbindliche Regelung.

Für die Berücksichtigung unserer Anliegen bedanken wir uns und stehen für allfällige weitere Fragen selbstverständlich gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Kaufmännischer Verband Schweiz



*Christian Zünd*  
CEO



*Ursula Häfliger*  
Verantwortliche Politik